



Der Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

18. Juni 1992

Nr. 315/92

Sperrfrist: 18. Juni 1992, 18.15 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

R e d e

von

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

beim Schweizerischen Institut

für Auslandsforschung

am 18. Juni 1992

in der Aula der Universität Zürich

B i t t e S p e r r f r i s t b e a c h t e n !

I.

Ich habe gerne die Einladung des schweizerischen Instituts für Auslandsforschung angenommen, von diesem Platze aus zu Ihnen zu sprechen. Die Ausstrahlung jener Rede, die Winston Churchill hier in der Aula der Universität Zürich gehalten hat, ist uns allen bekannt. Sie hat dem Begriff der "Vereinigten Staaten von Europa" eine besondere Prägung verliehen.

Churchill stand damals unter dem Eindruck der Ruinen des Zweiten Weltkriegs. Und die Schrecken des Krieges waren den Menschen noch allgegenwärtig. Aus diesen Erfahrungen heraus präsentierte Winston Churchill am 19. September 1946 der akademischen Jugend der Welt seine Vision eines geeinten Europa. Er sagte damals: "Wenn Europa einmal einträchtig sein gemeinsames Erbe verwalten würde, dann könnten seine drei- oder vierhundert Millionen Einwohner ein Glück, einen Wohlstand und einen Ruhm ohne Grenzen genießen." Ihm und seiner Generation war es nicht mehr gegeben, diese Vision eines einträchtigen Kontinents zu verwirklichen. Dennoch war es seine Generation, die das Fundament für die gemeinsame Zukunft Europas schuf - Persönlichkeiten wie Jean Monnet, Robert Schuman, Alcide de Gasperi oder Paul-Henri Spaak.

In Deutschland war es Konrad Adenauer, der die Grundlage für diese Politik gelegt hat. Sie wurde uns Deutschen durch das Grundgesetz von 1949 aufgegeben. In dessen Präambel wurde das deutsche Volk aufgefordert, "seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen".

Zu Recht werden Sie mir die Frage stellen, welche Rolle das wiedervereinigte Deutschland in diesem Europa von morgen spielen wird. Seit jeher war es meine Politik, die deutsche Einheit und die Einigung Europas untrennbar miteinander zu verknüpfen. Sie sind für mich zwei Seiten derselben Medaille. Nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 stehen wir umso mehr in unserer europäischen Pflicht. Deutschland will und wird dieser Pflicht nachkommen:

- Denn die europäische Einigung hat einen entscheidenden Anteil an der erfolgreichen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Wir Deutsche wissen, daß wir auch weiterhin im Innern nur Erfolg haben werden, wenn wir unserer internationalen Verantwortung auch in Zukunft gerecht werden.

- Wir Deutsche wissen aber auch, daß die europäische Einigung ein historischer Auftrag an unser Volk ist. Nie mehr soll es einen deutschen Sonderweg geben, nie mehr soll von deutschem Boden Unheil über Europa und die Welt kommen.

Wir würden die Herausforderung der Geschichte verfehlen, wenn wir uns jetzt der Vertiefung und der Erweiterung der europäischen Einigung versagen würden. Deshalb werden wir Deutsche mit ganzem Engagement auch nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes unseren Beitrag leisten zum Bau der Vereinigten Staaten von Europa.

Die "deutsche Frage" war niemals nur eine nationale Frage der Deutschen. Es ging und geht immer auch darum, dieses Land im Herzen unseres Kontinents mit seiner großen Bevölkerung und seiner enormen Wirtschaftskraft fest in europäische Strukturen einzufügen. Deutschland hat mehr Nachbarn als jedes andere europäische Land. Was dort geschieht, berührt seine Umgebung besonders nachhaltig - und umgekehrt. Wenn behauptet wird,

- das wiedervereinigte Deutschland sei zu groß geworden, um nur einer unter vielen Spielern Europas zu sein,
- die europäische Integration, die nur Deutschlands Macht stärke, sei historisch überholt,

dann kommt darin ein tiefes Unverständnis für die politischen Entwicklungen und Notwendigkeiten am Ende dieses Jahrhunderts zum Ausdruck. Die Vorstellung eines losen Verbundes unabhängig handlungsfähiger Staaten, die nötigenfalls koalitionsfähig gegen Deutschland sind, ist jedenfalls ein Rückgriff auf überholte Konzepte. Unser Jahrhundert hat lange genug unter den Rivalitäten der europäischen Nationen gelitten.

II.

Es gibt keine vernünftige Alternative zu einer Politik, die auf den immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker und Nationen setzt. Auf sich allein gestellt ist schon heute kein europäischer Staat mehr in der Lage, die großen internationalen und globalen Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert zu bestehen - politisch und ökonomisch. Im sich verschärfenden internationalen Wettbewerb muß Europa seine Kräfte bündeln, um seinen Platz neben den großen Wirtschaftsräumen Nordamerika und Ostasien zu behaupten. Ich weiß, daß man sich auch in der Schweiz immer intensiver mit der Frage ausein-

anderersetzt, welche realistische Alternative es eigentlich dazu gibt, sich an diesem Gemeinschaftswerk zu beteiligen.

Wir haben es gemeinsam in der Hand, das einige Europa zu vollenden:

- Nach der Überwindung von Ost-West-Konflikt und Kaltem Krieg bietet sich uns die Chance, alle Völker und Nationen Europas in unser gemeinsames Haus aufzunehmen und eine dauerhafte europäische Friedensordnung zu schaffen.
- Wichtigster Baustein muß die Europäische Union sein, die wir mit dem Vertrag von Maastricht schaffen wollen.

Wir verwirklichen damit die Träume und die Ziele der großen Baumeister Europas aus der Nachkriegszeit. Gerade darin liegt für mich persönlich die Bedeutung der kühnen Rede Winston Churchills und der von ihm formulierten Vision der "Vereinigten Staaten von Europa".

Daß die heutige EG nicht das ganze Europa sein kann, ist unbestritten. Gerade Zürich ist eine Stadt ältester europäischer Traditionen. Die Statue Karls des Großen an einem der Türme des Grossmünsters ist nur ein Zeichen dafür, wie sehr auch Zürich die Kulturgemeinschaft Europas verkörpert. Ihre Stadt gehört zu den wirtschaftlichen, finanziellen und geistigen Metropolen des Kontinents.

Das vereinte Europa kann und darf kein Schmelztiegel sein. Es soll vielmehr die nationale Identität, Kultur und Lebensweise eines jeden Volkes und Landes schützen. Wir wollen keinen europäischen "Leviathan", sondern "Einheit in Vielfalt". Im Vertrag von Maastricht ist das Subsidiaritätsprinzip als zentraler Grundsatz für die künftige Europäische Union verankert: Innerhalb der Union sollen Entscheidungen auf der möglichst niedrigen Ebene angesiedelt sein. Dies entspricht unserem deutschen Verständnis von einer wahrhaft föderalen Ordnung. Und es ist ein deutliches Signal gegen jeglichen Zentralismus der europäischen Behörden - für ein Europa der Regionen und der kommunalen Selbstverwaltung.

Ich wende mich ganz entschieden gegen Versuche der Brüsseler Organe, immer mehr Bereiche bis ins letzte Detail regeln zu wollen. Ich meine, manche in der EG-Kommission sollten sich schon einmal die Frage stellen, welchen Eindruck diese Regelungswut bei den Bürgern hinterläßt, und ob wir nicht Gefahr laufen, das europäische Einigungswerk dadurch in Mißkredit zu bringen. Umso wichtiger ist die Botschaft von Maastricht, daß Europa bürgernah ist - daß Subsidiarität

und föderale Ordnung auch im Alltag erfahrbar sind. Ich freue mich ganz besonders, daß einer Ihrer Bundesräte, Adolf Ogi erst vor wenigen Wochen, am 12. Mai in derselben Vorlesungsreihe, gerade diesen Charakter des Maastrichter Vertrages hervorgehoben hat.

Ich kann mir gut vorstellen, daß sich die Schweiz in einer so gestalteten Europäischen Gemeinschaft zuhause fühlen würde:

- mit ihrer Vielfalt von Sprachen, die in der Schweiz zur Normalität gehört,
- mit ihrer dezentralen Ordnung, die ein hohes Maß an Bürgernähe möglich macht,
- als Land, in dem Demokratie und Rechtsstaatsprinzip eine lange Tradition haben.

Ich freue mich darüber, daß die Schweiz vor wenigen Tagen ein Beitritts-gesuch gestellt hat. Der Entschluß des Bundesrates bedeutet eine für ganz Europa wichtige Weichenstellung. Ich weiß wohl, daß letztlich die Entscheidung beim Schweizer Volk liegt. Natürlich tun sich viele damit schwer, und das ist nur zu verständlich vor dem Hintergrund der Geschichte Ihres Landes.

Die Schweiz gehört politisch und wirtschaftlich zu den stabilsten Ländern in Europa und ist im Kreise der Gemeinschaft willkommen. Die Schweiz wäre ein Gewinn für die Gemeinschaft, aber ebenso wäre die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft ein Gewinn für die Schweiz. Über die erwähnte politische Kultur hinaus, die die Schweiz in die Europäische Union einbringen kann, würde Ihr Land natürlich auch in wirtschaftlicher Hinsicht einen wertvollen Partner für die EG bedeuten.

Die große Bedeutung, die kleinere europäische Nationen - wie eben die Schweiz - für die Europäische Union haben, hat schon damals, 1946 hier in Zürich, Winston Churchill hervorgehoben: "Kleine Nationen werden ebensoviel zählen wie große und sich durch ihren Beitrag zur gemeinsamen Sache Ehre machen."

III.

Wir befürworten nachdrücklich einen möglichen Beitritt auch anderer Länder der EFTA zur Europäischen Union, wie er im Laufe dieses Jahrzehnts erfolgen kann. Österreich, Schweden und Finnland haben bereits ihren Antrag gestellt. Wir

wissen jedoch auch, daß eine solche Erweiterung nach einer inneren Weiterentwicklung und Stärkung der heutigen Zwölfer-Gemeinschaft verlangt.

Damit hier keine Mißverständnisse aufkommen: Was die Gemeinschaft keineswegs will, ist eine Weltmachtrolle im Stile des 19. Jahrhunderts für Europa. Im Gegenteil: In Maastricht haben wir den Grundstein zu einer immer stärker demokratisch legitimierten Europäischen Union gelegt. Der Weg dorthin ist unumkehrbar, mag auch gerade bei den Kompetenzen des Europäischen Parlaments noch ein erhebliches Defizit zu beklagen sein.

Ich bedauere, daß sich die dänische Bevölkerung gegen den Maastrichter Vertrag über die Europäische Union ausgesprochen hat, bekräftige aber zugleich meine Entschlossenheit, auch weiterhin an der Verwirklichung der Europäischen Union konsequent und unbeirrt zu arbeiten. Deutschland wird daher an dem vorgesehenen Zeitplan für die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages festhalten, und ich gehe davon aus, daß auch die anderen Mitgliedstaaten der EG den Vertrag von Maastricht bis Ende 1992 ratifizieren werden. Dänemark sollte die Tür zur Europäischen Union weiter offenbleiben, und ich trete nachdrücklich dafür ein, die Beitrittsverhandlungen mit den EFTA-Ländern, die dies wünschen, bald aufzunehmen und beschleunigt abzuschließen.

Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft stehen nach Maastricht vor klaren Aufgaben:

Erstens: Die stufenweise Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion.

Zweitens: Die Erarbeitung einer gemeinsamen Außenpolitik.

Drittens: Die Herausbildung einer eigenständigen europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität - in enger Abstimmung mit der Atlantischen Allianz.

Viertens: Eine weitere Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments.

Fünftens: Eine Prüfung der Möglichkeiten von institutioneller Festigung der mit neuen Zuständigkeiten ausgestatteten Gemeinschaft.

Sechstens: Die bereits erwähnte Rückbesinnung auf das Subsidiaritätsprinzip.

Siebtens: Die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit jenen EFTA-Mitgliedsstaaten, die dies wünschen.

Achtens: Die verbesserte Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik, beispielsweise im Asylrecht und im Kampf gegen den Drogenmißbrauch, mit dem Ziel auch in diesem Feld Gemeinschaftskompetenzen zu schaffen.

Es geht uns mit diesen Vorhaben immer auch darum, eine Europäische Union zu vollenden, mit der sich unsere Bürger identifizieren können. Wenn wir dies stets vor Augen haben, besteht nicht die Gefahr sogenannter Europamüdigkeit. In Deutschland versucht zur Zeit so mancher, der offensichtlich die Vereinbarungen von Maastricht nicht sorgsam gelesen hat, die Menschen zu verunsichern - insbesondere mit unsachlichen Kommentaren über die zukünftige Europäische Währung. Ich habe gewiß Verständnis für jene, die sich Sorgen machen um die Stabilität des europäischen Geldes. Diese Sorge ist unbegründet. Denn wir haben für die künftige europäische Währungsordnung den stabilsten und verlässlichsten Rahmen geschaffen, den je eine Währung hatte. Keine deutsche Regierung wird zulassen, daß die in Maastricht vereinbarten strengen Kriterien - aus welchen Erwägungen auch immer - in irgendeiner Weise aufgeweicht werden.

Es wäre ein historisches Versagen der Europäischen Gemeinschaft, wenn wir in diesem Augenblick, wo sich die Hoffnung unserer Nachbarn in Mittel-, Ost- und Südosteuropa auf uns richten, den Weg zur künftigen Europäischen Union verlangsamen oder gar abbrechen würden - einen Weg, der uns bis heute Frieden, Freiheit und Wohlstand ermöglicht hat. Auch dies hat Winston Churchill 1946 präzise vorausgesehen. Er sagte: "Wenn anfangs nicht alle Staaten Europas der Union beitreten wollen oder können, so müssen wir doch alle diejenigen vereinen und zusammenschließen, die dazu bereit und in der Lage sind. Die Bewahrung der Völker aller Rassen und aller Länder vor Krieg und Knechtschaft muß auf solide Grundlagen gestellt werden."

"Vertiefung" der Integration und "Erweiterung" der Gemeinschaft müssen Hand in Hand gehen. Es gibt hier kein "Entweder-Oder", sondern nur ein "Sowohl-Als-auch".

IV.

Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien, zwischen Armenien und Aserbeidschan oder in der Republik Moldau führt uns tagtäglich die schrecklichen Auswirkungen der Hinterlassenschaft der kommunistischen Diktaturen in Mittel-, Ost- und Südost-

europa vor Augen. Jahrelang unter den Teppich gekehrte Konflikte brechen jetzt auf.

Der Zusammenbruch der Wirtschaft in diesen Ländern, das Wiederaufflammen von Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus - all dies steht noch immer der Verwirklichung eines in Freiheit geeinten, friedlichen Europas entgegen. Die neuen Risiken und Gefahren sind vor allem ökonomischer, sozialer, aber auch politischer Natur. Sie könnten zu neuen militärischen Risiken für ganz Europa führen. George Kennan hat bereits am Ende des Zweiten Weltkriegs geschrieben: "Einer der gefährlichsten Augenblicke für die internationale Stabilität wird kommen, wenn eines Tages die Herrschaft Rußlands" - er meinte natürlich die Sowjetunion - "anfängt zusammenzubrechen."

Bei aller Besorgnis über bestimmte Entwicklungen im Mittelmeerraum oder im benachbarten Nahen Osten muß unsere erste Aufmerksamkeit dem Schicksal jener Länder gelten, die in der Mitte, im Osten und im Südosten unseres Kontinents liegen. Es geht um präventive Sicherheitspolitik: Jeder, der dort glaubt, seine Ziele mit Gewalt durchsetzen zu können, muß wissen, daß er auf den Widerstand aller übrigen Europäer stoßen wird. Es ist nur zu verständlich, wenn sich die Völker Mittel-, Ost- und Südosteuropas nach dem Zusammenbruch des Kommunismus wieder stärker auf ihre nationale Eigenständigkeit besinnen. Ziel muß es aber sein, diesen nationalen Aufbruch untrennbar mit den Ideen von Freiheit, Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit zu verbinden.

Wenn es gelingt, die Menschen in ganz Europa von diesen Werten zu überzeugen, dann haben wir eine Chance, für die Generation unserer Kinder die Vision Winston Churchills zu verwirklichen. Der sprach in seiner Rede hier auch von einem "Heilmittel" für Europa, das noch heute, 1992, so aktuell ist wie in der Nachkriegszeit. Aufgabe sei es, - ich zitiere - "daß man die Europäische Familie ... wieder aufrichtet und ihr eine Ordnung gibt, unter der sie in Frieden, Sicherheit und Freiheit leben kann."

V.

Dazu gehört heute als erster Schritt wirtschaftliches Krisenmanagement für die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas sowie für die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Eine vernünftige Alternative zu einer umfassenden und kontinuierlich angelegten Unterstützung der Reformpolitik gibt es nicht. Kosten, die wir heute einsparen könnten, würden in absehbarer Zeit in mehrfacher Höhe auf uns zurückfallen, denn ohne unsere Hilfe können die jungen

Demokratien ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht meistern. Die Folgen wären möglicherweise Flüchtlingsströme in den Westen und in letzter Konsequenz möglicherweise erneut hohe Aufwendungen für militärische Sicherheit. Deshalb liegt es auch in unserem Interesse, wenn wir - die Staaten des Westens - große Mengen von Lebensmitteln, Hilfsgütern und Medikamenten nach Rußland und in die übrigen Republiken der ehemaligen Sowjetunion schaffen.

Ich gehöre noch zu jener Generation, für die unvergessen ist, was es bedeutet hat, als in den Hungerjahren 1946/47 die amerikanischen Trucks in den Schulhof kamen und uns die "Hoover-Speisung" und "Quäker-Hilfe" brachten. Diese uns junge Menschen tief berührende Tat hat auf uns mehr Wirkung gehabt als manche Dollar-Hilfen für den Wiederaufbau. Ein wichtiger Teil unserer Politik muß sein, daß wir jetzt gleiches in Moskau, St. Petersburg und anderswo leisten.

Die gewaltige Herausforderung der politischen, ökonomischen und sozialen Zusammenführung Europas kann nur auf dem Wege einer großen internationalen Anstrengung bewältigt werden. Kein Land - und auch nicht die EG - kann die Last einer solchen Aufgabe alleine tragen. So, wie der gesamte Westen einschließlich der USA, Japans und auch der Schweiz ein Interesse an langfristiger Stabilität in Mittel-, Ost- und Südosteuropa hat, so müssen auch die Lasten auf alle Schultern verteilt werden.

Deutschland hat auf diesem Gebiet bislang weit mehr getan als alle anderen. Wir sind an den Grenzen unserer Möglichkeiten angelangt.

Entscheidend für den Erfolg der Reformbemühungen sind jedoch der Wille und die Fähigkeit der Regierungen jener Staaten, mit der sozialistischen Plan-Vergangenheit zu brechen und einen Kurs Sozialer Marktwirtschaft zu steuern. Unsere Hilfe kann immer nur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Ebenso entscheidend ist, inwieweit es in Mittel-, Ost und Südosteuropa und in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten gelingt, die Menschen dort vom Sinn und Zweck der eingeleiteten Reformen und der damit verbundenen Schwierigkeiten zu überzeugen. Und man muß ihnen immer wieder sagen, daß der Wohlstand der Menschen im Westen die Frucht jahrzehntelanger harter Arbeit ist.

Die Europäische Gemeinschaft ist langfristig insbesondere für die Menschen in der CSFR, Polen, Ungarn und den baltischen Staaten ein Leuchtfeuer der Hoffnung. Es wäre ein Versagen vor der Geschichte, ihnen diese Hoffnung zu nehmen. Die Assoziierungsabkommen der EG mit den Reformstaaten Mitteleuropas sind

wichtige Schritte und Signale. Es muß jedoch auch klar sein, daß die Aufnahme dieser Länder in die Gemeinschaft erst erfolgen kann, wenn dort die politischen und ökonomischen Voraussetzungen geschaffen sind.

Schwierige Fragen stellen sich im Zusammenhang mit den Nachfolgerepubliken der ehemaligen Sowjetunion. Wer möchte beispielsweise das riesige Rußland, dessen geographisch größter Teil immerhin in Asien liegt, aus Europa ausschließen? Ist nicht der Beitrag Rußlands zur europäischen Kultur unbestritten? Ich erinnere nur an den großen russischen Schriftsteller Vladimir Nabokow, der viele Jahre hier in der Schweiz gelebt und gearbeitet hat. Oder denken Sie an die wunderschönen Kirchenfenster, die der Russe Marc Chagall für Reims, Mainz und eben auch für Zürich gemalt hat.

Die gemeinsame Kultur ist das stärkste Band, das Europa zusammenhält. Wir müssen das Bewußtsein für die vielfältige und doch gemeinsame kulturelle Dimension Europas nach der Überwindung des Ost-West-Denkens mehr denn je schärfen. Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die gemeinsame Geschichte - auf diesen Säulen ist Europa gebaut. Keine andere europäische Institution verkörpert so sehr die Einheit Europas in Vielfalt wie der Europarat. Ich hoffe, daß wir eines Tages beispielsweise auch Rußland als Mitglied des Europarates in Straßburg begrüßen können. Was aber die Beziehung zur Europäischen Gemeinschaft betrifft, so sind spezielle, aber sehr weitreichende Verträge das richtige Mittel. Wir wollen die Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten in ihrem Bemühen unterstützen, ein einheitlicher Wirtschaftsraum zu bleiben und sich als solcher zu konsolidieren.

VI.

Niemand kann von sich behaupten, er habe fertige Pläne für das künftige Europa in der Schublade. Aber ich glaube auch nicht, daß es zu diesem Zeitpunkt sinnvoll ist, detaillierte Pläne zu entwerfen. Es geht vielmehr darum, klare gemeinsame Ziele und Prioritäten für unser politisches Handeln zu definieren und dabei das notwendige Maß an politischer Flexibilität zu bewahren. Klare Zielvorstellungen und Prinzipienfestigkeit sind die wichtigsten Voraussetzungen zur Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft. Sie sind auch das wirksamste Mittel gegen jenen Kleinmut, der in Europa mancherorts aufkommt.

Wir sind heute in der glücklichen Lage, daß die meisten Staaten Europas in ihrem politisch-ethischen Fundament übereinstimmen. Auch die meisten Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas und die meisten Staaten der GUS fühlen sich den

gleichen Ordnungsprinzipien verpflichtet wie wir: den Menschen- und Bürgerrechten, der Demokratie, dem Rechtsstaat und der Sozialen Marktwirtschaft.

Entscheidend ist, daß wir bereits heute die Weichen für morgen richtig stellen. Um es in einem Bild zu sagen:

Der europäische Zug muß jetzt auf das richtige Gleis gelenkt werden; er darf nicht mehr umkehren können. Wann er sein Ziel erreicht, das - liebe Studentinnen und Studenten - liegt nicht zuletzt in Ihren Händen, in den Händen der jungen Generation Europas.

Das Europa, wie Sie es heute kennen, ist nicht zu vergleichen mit dem Europa meiner Jugend. Grenzen haben für Sie keinen trennenden Charakter mehr. Viele von Ihnen kennen andere Länder so gut wie das eigene Land - aus den Ferien oder durch Studienaufenthalte. Ich rufe Sie heute auf: Verinnerlichen Sie diese Erfahrungen einer Welt offener Grenzen, eines offenen Austausches und gelebten Miteinanders über den ganzen Kontinent hinweg. Geben Sie Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Europa der Zukunft - in Ihrem Europa - nie wieder eine Chance!

Es liegt in Ihrer Hand, die Vision eines gänzlich in Freiheit und Frieden geeinten Kontinents zu verwirklichen.

Lassen Sie sich dabei leiten von einem umfassenderen europäischen Patriotismus!